

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

Inbetriebnahme Südbahn BER - Lärmrente für betroffene Bürger

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung Brandenburg auf, dafür Sorge zu tragen, dass die FBB den, von der temporären Nutzung der Südbahn BER betroffenen Eigentümern / Betroffenen eine Lärmrente zu zahlen hat, sollte der gesetzmäßige Schallschutz ohne Verschulden der Bürger nicht rechtzeitig zur Inbetriebnahme der Südbahn BER am 02.05.2015 umgesetzt sein. Hierfür ist eine umsetzbare, geeignete Anspruchsermittlung, die die bautechnischen und schallschutztechnischen Standards beachtet, rechtzeitig sechs Monate vor Eröffnung des Flugbetriebs für alle Grundstücke, die im Bereich der Südbahn liegen (siehe im Internet veröffentlichte Karte des Flughafens), den Bürgern auszuhändigen.

Begründung:

Der Kreistag Teltow-Fläming hat als gewählte Vertretung der Bürgerinnen am 15.12.2014 diese Forderung einstimmig beschlossen. Ein derartig eindeutiges Votum kann auch vom Landtag Brandenburg nicht ignoriert werden. Der Landtag und die Abgeordneten sind natürlich frei und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, aber der Landtag Brandenburg muss sich auch sehr genau überlegen, ob er die kommunalen Volksvertreter durch Ablehnung brüskiert, ignoriert und zurückweist.

Die Lärmrente ist für jede betroffene bewohnte Wohneinheit im Voraus zu entrichten und beträgt zehn Prozent der Summe des Schallschutzes laut jüngster Anspruchsermittlung (ASE) für die Wohneinheit. Die Rente kann nur nach Antragstellung gewährt werden. Anspruchsberechtigt sind Eigentümer von betroffenen Wohneinheiten auf Grundlage der Übersichtskarte Teilvollzugsgebiete temporäre Nutzung Südbahn Stand April 2014. Für den Fall, dass statt baulicher Umsetzung von Schallschutz letztlich doch die Entschädigungsregelung (Kappingsfall) greift, ist dem Bürger bis zur Mitteilung dieses Sachverhaltes die Lärmrente auf Grundlage der jüngsten ASE auszusahlen.

Jeder Bürger, der seine Ansprüche geltend gemacht hat, erhält einen Betrag in Höhe von 5% der Pauschalsumme berechnet für ein Jahr aufgeteilt auf die jeweiligen Monate, denen er ohne Schutz bzw. Schutzmöglichkeit dem Fluglärm ausgesetzt ist, ausgezahlt.

Kann die FBB oder die Ingenieurbüros gegenüber dem LuBB beziehungsweise dem einspruchsführenden Bürger nachweisen, dass die Übersendung der Anspruchsermittlung (ASE-B) rechtzeitig erfolgte, d.h mindestens 6 Monate vor Inbetriebnahme

der Südbahn BER, und das aus der ASE-B resultierende Leistungsverzeichnis vollständig und korrekt war, entfällt der Anspruch auf Lärmrente.

Der Anspruch auf Lärmrente besteht auch dann, wenn die FBB mit ihren Poolfirmen, auf Antrag des Bürgers / Eigentümers, nicht in der Lage ist, den Schallschutz rechtzeitig umzusetzen.

Bei Anspruchsermittlungen zur Entschädigung, bei denen der durch die FBB und die Ingenieurbüros ermittelte Betrag rechtsstreitig ist, ist solange die rechtliche Einschränkung für eine Beauftragung von Firmen bestehen, ebenfalls von einer Lärmrente auszugehen. Die Voraussetzungen für die Zahlung einer Lärmrente entfallen, wenn die FBB sich bereit erklärt, auch weitergehende Ansprüche von Bürgern unabhängig von der erstmaligen Auszahlung des Entschädigungsbetrages dem Grunde nach anzuerkennen.

Kein Verschulden für eine Verzögerung trifft die anspruchsberechtigten Bürger, wenn die FBB bzw. die Ingenieurbüros ungeeignete Anspruchsermittlungen vorlegen, in der

- Wohnküchen wegen einer angeblich zu geringen Fläche vom Schallschutz ausgeklammert worden sind,
- Wohnräume wegen fehlender Raumhöhe oder fehlender Belichtung als nicht anspruchsberechtigt angesehen werden, obwohl das Wohngebäude in der bebauten Ortslage liegt und Bestandsschutz aufweist,
- Innendämmungen mit entsprechenden Wohnflächenverlusten vorgesehen werden, die der Bürger nicht dulden will,
- bautechnische Standards verletzt werden, wie z.B. Innendämmungen ohne ausreichende Dampfdiffusionssperre (fehlende U-Wertberechnungen etc.),
- schallschutztechnische Standards verletzt werden, wie z.B. Abriss von schweren, schallschutztechnisch günstig wirkenden Innenverkleidungen (Kalkgipsputz auf Heraklitplatten oder auf Schilfrohrputz und Bretterschalung),

oder

- Bürger aufgrund ungeeigneter Festlegungen der FBB zu Verfahrensfragen, insbesondere zu Beauftragung, Gewährleistung, Abnahme und Baumängelbeseitigung und aufgrund einer fehlenden Unterzeichnung des Schallschutzkonzeptes und fehlender Verantwortungsübernahme der FBB für die Leistungsverzeichnisse und -beschreibungen und aufgrund fehlender Regelungen für Vorfinanzierungen Firmen unter diesen Maßgaben nicht beauftragen wollen.

Christoph Schulze